

Ressort: Politik

Union und SPD droht neuer Streit über Rüstungsexporte

Berlin, 10.11.2013, 13:21 Uhr

GDN - Trotz der Einigung bei den Koalitionsverhandlungen kündigt sich zwischen Union und SPD eine neue Auseinandersetzung über die Rüstungsexportpolitik an. "Die Bundesregierung darf in Zukunft kein Kriegsgerät mehr in Länder wie Saudi-Arabien verkaufen", forderte der SPD-Außenpolitiker Rolf Mützenich, "die Menschenrechtsfragen stehen von nun an im Vordergrund."

Sein Parteikollege Lars Klingbeil sagte: "Die Union weiß, dass es mit uns keine Fortsetzung der offensiven Exportpolitik gibt." Damit stellen sich die SPD-Politiker gegen die Auslegung der Unionsseite, die durch die beschlossene Regelung keine verschärfte Begrenzung bei den Ausfuhren erwartet. "Es bleibt bei einer Einzelfallentscheidung", sagte CSU-Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt. Union und SPD hatten sich in der vergangenen Woche darauf verständigt, dass die Richtlinien aus der rot-grünen Regierungszeit in Zukunft verbindlich gelten. Deren Auslegung ist zwischen den Parteien jedoch umstritten. In Zukunft soll zudem der Bundestag zeitnah informiert werden, wenn der Bundessicherheitsrat Rüstungsgeschäfte genehmigt hat.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-24911/union-und-spd-droht-neuer-streit-ueber-ruestungsexporte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619